

FACHSERIE

14

FINANZEN UND STEUERN

Reihe 4

Steuerhaushalt

1979

S. 1
B. 1



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ
Bestellnummer: 2140400 – 79700

Erschienen im Oktober 1980

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 4,70

Inhalt

T e x t t e i l	Seite
1 Allgemeine Hinweise zur Statistik	4
2 Methodische Erläuterungen zur Statistik	5
3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1979	10
4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell erziehbigen Steuern, Stand Ende 1979	12
T a b e l l e n t e i l	
1 Zusammenfassende Übersichten	
1.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung 1978 und 1979	21
1.2 Kassenmäßige Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung 1978 und 1979	22
1.3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden nach Ländern 1978 und 1979	23
1.4 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1976 bis 1979	24
1.5 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1979	24
1.6 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1971 bis 1979	25
1.7 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen ohne Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1972 bis 1979	25
1.8 Investitionszulagen 1971 bis 1979	25
2 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. 1979	26
3 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung 1979	
Insgesamt	30
Kreisfreie Städte	30
Kreisangehörige Gemeinden	32
Landkreise	32
4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung 1979 nach Gemeindegrößenklassen	33

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die kleinste Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Abkürzungen

Mill.	= Million	Gv.	= Gemeindeverbände
Mrd.	= Milliarde	GG	= Grundgesetz
BGBI.	= Bundesgesetzblatt	i.d.F.	= in der Fassung
AfA	= Absetzung für Abnutzung	i.d.R.	= in der Regel
EG	= Europäische Gemeinschaften	dt	= Dezitonne (100 kg)
EGKS	= Europäische Gemeinschaft Kohle und Stahl	l	= Liter
EFTA	= European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)	hl	= Hektoliter
EStG	= Einkommensteuergesetz	vT	= vom Tausend
		vH	= vom Hundert

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1 Allgemeine Hinweise zur Statistik

1.1 Bund und Länder

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

Kreis der Befragten

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Bundesanzeiger	} monatlich
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	
Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen	

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	= monatlich
Fachserie 14, Reihe 4	= vierteljährlich, jährlich

Statistische Landesämter

Statistische Berichte L II/1 = monatlich, vierteljährlich

1.2 Gemeinden/Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt:	
Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	} = vierteljährlich, jährlich
Fachserie 14, Reihe 4	

Statistische Landesämter:

Statistische Berichte L II/2 = vierteljährlich

2.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen und Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten, und zwar ggf. um Erstattungen gemindert. Auf die einzelnen Begriffe wird im Abschnitt 2.2 eingegangen, auf das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung im Abschnitt 2.3.

Die Abgrenzung der in der vorliegenden Fachserienreihe vierteljährlich nachgewiesenen Steuereinnahmen gegenüber den Ergebnissen in Fachserie 14, Reihe 2 "Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft" ergibt sich aus 2.5 (Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken).

2.2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt/Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt einmal von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum andern von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung usw.) ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, relativ eng; wegen der monatlichen Voranmeldung dieser Steuern siehe Abschnitt 4, der über Zahlungsweise und -termine der finanziell bedeutsamsten Steuern informiert. Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten nachstehend skizziert werden.

Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

- Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer:
1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1977 für die Jahre 1977 bis 1979 - sog. Hauptveranlagung. Eine zwischen 2 Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nachveranlagung" findet nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung - unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 8 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

Wegen der Festsetzung des einheitlichen Steuerermeßbetrags bei den Realsteuern, zu denen die Gewerbesteuer gehört, siehe Abschnitt 4.14 und 4.15.

- Vorauszahlungen

Der Steuerpflichtige hat vierteljährliche Vorauszahlungen auf die Steuerschuld des Veranlagungszeitraums (Einkommen- und Körperschaftsteuer), des Erhebungszeitraums (Gewerbesteuer) bzw. auf die Jahressteuerschuld (Vermögensteuer) zu entrichten. Die Vorauszahlungen belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der Steuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat¹⁾ - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer- und Körperschaftsteuer²⁾.

- 1) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer geleisteten "endgültigen" Vierteljahreszahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahressteuer zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.
- 2) Die anrechenbare Körperschaftsteuer rechnet zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.

- Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbesteuer: Erhebungszeitraum, Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Anpassung kann noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbesteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der Erhöhungsbetrag/nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

Für Zwecke der Gewerbesteuervorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuermaßbetrag festsetzen.

- Abschlußzahlungen

Auf die im Veranlagungsverfahren ermittelte Steuer werden angerechnet

die für den betreffenden Veranlagungs-/Erhebungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe des § 36 EStG ferner die durch Steuerabzug erhobene Steuer, (soweit sie auf die bei der Veranlagung erfaßten Einkünfte entfällt) und die anrechenbare Körperschaftsteuer.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) oder rückläufiger Gewinne sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 7 b EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu

Erstattungen. Die Erstattungen, die das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte. (Wegen des Lohnsteuerjahresausgleichs siehe Abschnitt 4.1).

Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen, richterliche Entscheidungen über Bestehen/Höhe der Steuerschuld, Stundung/Zahlungsaufschub.

Nachsteuer

Erhebung bei Steuertariferhöhungen der Verbrauchsteuer für bereits versteuerte Erzeugnisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zur Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

Arbeitnehmer - Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,
Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (BFG),
Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,
Zulagen gemäß § 19 BFG.

2.3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 GG i.d.F. des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I S. 359) in Verbindung mit dem

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969 i.d.F.

des Fünften Änderungsgesetzes vom 17. März 1978, BGBl. I S. 409, Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 i.d.F. des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 19. Januar 1979, BGBl. I S. 97 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer), Zerlegungsgesetz vom 25. Februar 1971, BGBl. I S. 145, zuletzt geändert durch Einführungsgesetz zur Abgabensordnung (EGAO 1977) vom 14. Dezember 1976, BGBl. I S. 3 341.

Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung)

dem Bund:

das Aufkommen der in Tabelle 1 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 9 bis 29 aufgeführten Steuern (Bundessteuern),

den Ländern:

das Aufkommen der in Tabelle 1 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 31 bis 42 aufgeführten Steuern (Landessteuern),

Bund und Ländern gemeinsam:

das Aufkommen der in Tabelle 1 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 2 bis 7 aufgeführten Steuern (Gemeinschaftsteuern),

den Gemeinden:

das Aufkommen der in Tabelle 2 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 1 bis 6, 10 sowie 11³⁾ aufgeführten Realsteuern und örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (Gemeindesteuern). Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung)

den EG:

ab 1975: gesamtes Zollaufkommen der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme geringer EGKS-Zölle) und Teil des Umsatzsteueraufkommens⁴⁾,

3) D.s. insbesondere Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Gemeindegetränke-, Kino-, Ubrige Vergnügungs-, Hundesteuer.

4) Ab 1. Januar 1975 führt die Bundesrepublik Deutschland den EG die ihnen zustehenden Einnahmen (außer Agrarabschöpfung und Zöllen) aufgrund einer Übergangsregelung (Bruttosozialproduktsschlüssel) zu. Die Zahlungen werden aus dem Umsatzsteueranteil des Bundes geleistet.

dem Bund:

die Bundessteuern (ohne Zölle),
43 % der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
50 % der Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,
67,5 % der Umsatzsteuern (ohne EG-Umsatzsteueranteil),
50 % der Gewerbesteuerumlage,

den Ländern:

die Landessteuern,
43 % der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
50 % der Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,
32,5 % der Umsatzsteuern,
50 % der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

die Grundsteuern,
die Gewerbesteuern (abzüglich der Gewerbesteuerumlage),
14 % der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil),
die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern.

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin (West) - für Bremen ergibt sich die Trennung aus dem Status der beiden selbständigen Gemeinden Bremen und Bremerhaven - in der vorliegenden Statistik folgt:

Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Bereichen werden brutto nachgewiesen. In den "Steuereinnahmen der Länder" sind die dem staatlichen Bereich, in den "Steuereinnahmen der Gemeinden" die dem gemeindlichen Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüberweisungen der Stadtstaaten enthalten.

Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung.

Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür

liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 14 % des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen (siehe auch 4.16 und 4.17).

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrythmus wie für den Gemeindeanteil; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich hier keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und (ab Berichtsjahr 1974) Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinbarten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 14 % der im gleichen Zeitraum aufgekommene Lohn-/veranlagte Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteueraufkommen nach Ertrag und Kapital wird ferner die Gewerbesteuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und (ab 1974) von Rheinland-Pfalz in Ausgabe (gemeindlicher Bereich) gemeldet.

2.4 Regionaler Verteilungsmodus

Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes aaO., das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit

mehreren Betriebstätten dem Land zufließt, in dem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz hat und ferner dadurch, daß die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zufließt, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

Umsatzsteuern

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 14 % der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgekommene Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer zu. Der Anteil der einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die veranlagte Einkommensteuer und die Lohnsteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, wobei diese Steuerbeträge nur bis zu der Höhe zugrunde gelegt werden, die auf einen zu versteuernden Einkommensbetrag von 16 000 bzw. 32 000 DM bei Zusammenveranlagung entfällt.

Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewerbesteuer } E \text{ und } K \times 120}{\text{Hebesatz}}$$

für das Kalenderjahr ermittelt. Der Vervielfältigungsfaktor der Formel ist vom Gesetzgeber so gewählt, daß sich unter Zugrundelegung der Kassenzahlen 1965 für die Gesamtheit der Gemeinden eine Umlage ergibt, die 40 % des Aufkommens an Gewerbesteuer nach Ertrag und

Kapital zuzüglich Lohnsummensteuer beträgt. Infolge gestiegener Hebesätze und erhöhter Bedeutung der Lohnsummensteuer erreicht der tatsächliche Umlagenanteil diesen Satz nicht mehr und ist weiter im Sinken begriffen.

2.5 Verschiedenes

Differenzen zum Vierteljahresnachweis

Abweichungen zwischen dem Jahresergebnis und den zur Jahressumme addierten Quartalszahlen ergeben sich vor allem beim Nachweis von Gemeindegrößenklassen, da sich die endgültige Größenklassenzuordnung einer Gemeinde nach ihrer Einwohnerzahl am 30.6. und ihrem Gebietsstand am 31.12. des Jahres richtet. Weitere Ursachen für Differenzen sind nachträgliche Berichtigungen u.dgl.

Bei der Steuerverteilung unberücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder in Höhe von 1,5 % des Umsatzaufkommens geleisteten Ergänzungszuweisungen (1979: 1 263 Mill. DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die Abführung von 25 % des Vermögensteueraufkommens der Länder an den Lastenausgleichsfonds sowie die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien 14, Reihe 4 (Steuerhaushalt) und Reihe 2 (Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg beider Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden.

EG-Anteile

Die in Fachserie 14, Reihe 4 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in den Ergebnissen der Fachserie 14, Reihe 2 nicht enthalten.

Länderanteile Umsatzsteuern

Der Fachserie 14, Reihe 4 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (siehe unter 2.4 "Umsatzsteuern"), die sich nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie 14, Reihe 2 die kassenmäßigen Istergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gemäß Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern der **S t a d t s t a a t e n**, in Fachserie 14, Reihe 4 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt, sind in Fachserie 14, Reihe 2 dem Bereich "Staat" zugeordnet und werden nur in einer Summe ausgewiesen.

Steueranteile

Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den **S t a d t s t a a t e n** erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie 14, Reihe 4 (siehe unter 2.3 "Verteilungsmodus").

Lastenausgleichsabgaben

In Fachserie 14, Reihe 4 nur nachrichtlich aufgeführt.

Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund (Einkommen- und Körperschaftsteuer) und aus der Einbeziehung steuerähnlicher Einnahmen der Länder in Fachserie 14, Reihe 2.

3.1 Einkommensteuer (veranlagte ESt, Lohnsteuer)

- Steueränderungsgesetz 1979¹⁾, Art. 1

Beseitigung des Tarifsprungs aus der proportionalen in die progressive Besteuerung unter Beibehaltung der Grenzsteuersätze ab zu versteuerndem Einkommen von 48 000/96 000 DM (Ledige/Verheiratete).

Erhöhung des Grundfreibetrages von 3 300/6 600 DM auf 3 690/7 380 DM unter Beibehaltung des allgemeinen Tarif-Freibetrages von 510/1 020 DM.

Zulassung eines auf 9 000 DM begrenzten einkommensteuerlichen Sonderausgaben-Abzugs von Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten beim Unterhaltsverpflichteten unter bestimmten Voraussetzungen (sog. begrenztes Realsplitting). Ferner: Verbesserte Möglichkeit, Unterhaltsaufwendungen für andere Personen (z.B. Eltern) als außergewöhnliche Belastungen abzusetzen.

Verteilung der kinderbedingten Erleichterungen (z.B. Ausbildungsfreibetrag - sog. Kinderadditive) auf beide Elternteile.

- Gesetz zur Änderung des Berlin-Förderungs-gesetzes²⁾

U.a.: Erhöhung der Investitionszulage für unbewegliche Wirtschaftsgüter von 12,5 auf 15 % (Wiederherstellung des Präferenzvorsprungs gegenüber Zonenrandgebiet); Erhöhung der Investitionszulage (25 %) für Datenverarbeitungsanlagen; Heraufsetzung des Kinderzuschlags (Arbeitnehmerzulage) um 22 auf 49,50 DM).

- Gesetz zur Änderung der Antragsfrist für den Lohnsteuer-Jahresausgleich³⁾

Die Abgabefrist für den Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich ist um 4 Monate auf den 30. September ausgedehnt worden.

*) Ohne Änderungen, die nach dem 31.12.1979 in Kraft treten.

1) Vom 30. November 1978, BGBl. I S. 1849.

2) Vom 20. April 1979, BGBl. S. I 477.

3) Vom 27. September 1978, BGBl. I S. 1597.

Die wichtigsten Maßnahmen des

- Investitionszulagengesetzes vom 2. Januar 1979⁴⁾, das die Gesetze

zur Änderung des Investitionszulagengesetzes und anderer Gesetze vom 30. Oktober 1978 und zur Änderung des Investitionszulagengesetzes vom 22. Dezember 1978 integriert,

sind bereits im Steuerhaushalt 1978, S. 10, erwähnt⁵⁾.

3.2 Umsatzsteuer

- Steueränderungsgesetz 1979¹⁾, Art. 3

Ab 1. Juli 1979 Heraufsetzung des allgemeinen/ermäßigten Steuersatzes von 12 auf 13 vH bzw. von 6 auf 6,5 vH; gleichzeitig um einen halben Prozentpunkt erhöhte Steuerbelastung von Umsätzen nach § 24 Abs. 1 bis 3 UStG 1973, und zwar für bestimmte Sägewerkserzeugnisse (6 vH) und Getränke sowie für alkoholische Flüssigkeiten (5 vH)⁶⁾.

- Zweite Verordnung zur Änderung der Ersten und der Vierten Verordnung zur Durchführung des UStG⁷⁾

Durch die geänderten Vorschriften werden die Durchschnittssätze an die ab 1.7.1979 erhöhten Umsatzsteuersätze angepaßt.

- Gesetz zur Änderung des Berlin-Förderungs-gesetzes²⁾

U.a.: Erweiterte Begünstigung von Werklieferungen, Verbesserung der Umsatzsteuerpräferenzen für Filme und Synchronisationen, Ausdehnung der Begünstigung von Beratungs- und Planungsleistungen.

4) Vom 2. Januar 1979, BGBl. I S. 24, lt. § 8 ist diese Fassung des Gesetzes grundsätzlich für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das nach dem 31.12.1977 beginnt.

5) Im 3. Absatz muß es dort statt 50 000 "500 000" heißen.

6) Infolge der a u s l a u f e n d e n Kürzungen nach dem Aufwertungs-Ausgleichsgesetz waren die an 2. und 3. Stelle genannten Umsätze bereits ab 1. Januar 1979 um einen halben Prozentpunkt stärker belastet als vor Jahresfrist.

7) Vom 9. April 1979, BGBl. I S. 481.

3.3 Kraftfahrzeugsteuer

- Kraftfahrzeugsteuergesetz 1979⁸⁾

U.a: Obligatorische Jahreszahlung, wenn die Jahressteuer nicht mehr als 1 000 DM beträgt. Ferner Neuregelung der Steuererstattung, des Steuererlasses zugunsten von Behinderten, der Besteuerung von Anhängern und der Behandlung von DDR-Fahrzeugen.

8) In der Fassung vom 1. Februar 1979, BGBl. I S. 132.

3.4 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

- Zweites Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes⁹⁾

Die Höchstbeträge für die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer¹⁰⁾ erhöhen sich ab 1. Januar 1979 von 16 000/32 000 DM auf 25 000/50 000 DM. (Ohne Einfluß auf die Höhe des den Gemeinden in ihrer Gesamtheit zufließenden Betrages).

9) Vom 19. Januar 1979, BGBl. I S. 97.

10) Siehe auch unter Abschnitt 2.2 "Gemeindeanteil an der Einkommensteuer".

4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell
ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1979*)

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.1 Lohnsteuer</u></p> <p>In der Regel bis zum 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats. Ausnahme: Vierteljahreszahlungen/Jahreszahlungen, wenn die abzuführende Lohnsteuer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 2 400/360 DM betragen hat. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung mit Abstand von mindestens einem Monat.</p> <p>Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich (LStJA) durchgeführt wird - aus dem Aufkommen des folgenden Jahres erstattet. Wegen der Erstattung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe unter 2.2 "Abschlußzahlungen".</p>	<p>Progressionstarif</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuerfreie Vorstufe bis 3 719/7 439 DM zu versteuerndes Einkommen - Proportionalstufe mit Steuersatz von 22 % auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 3 720/7 440 DM (Nullstufe) bis 16 019/32 039 DM, - Progressionsstufe mit von 22 % bis 56 % steigenden Grenzsteuersätzen auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 16 020/32 040 DM bis 130 019/260 039 DM, - Proportionale Endstufe (56 %). <p>Splittingverfahren bei Ehegatten.</p>
<p><u>4.2 Veranlagte Einkommensteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 1 1/2 Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit 1 bis 2-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	
<p><u>4.3 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag</u></p>	
<p><u>4.3.1 Kapitalertragsteuer</u></p> <p>Steuerabzug durch den Schuldner der Kapitalerträge im Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt bis zum 10. des folgenden Monats.</p>	<p>Für Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) und Stillen Gesellschaften: 25 %, für Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren: 30 %.</p>
<p><u>4.3.2 Aufsichtsratssteuer (bei beschränkt Steuerpflichtigen)</u></p> <p>Steuerabzug durch den Schuldner der Vergütung im Zeitpunkt des Zufließens an den</p>	<p>30 % (§ 50 a EStG).</p>

*) "Standardangaben" ohne Berücksichtigung von Sonderregelungen.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>Gläubiger; Abführung an das Finanzamt vierteljährlich bis zum 10. des dem Kalendervierteljahr der Zahlung folgenden Monats.</p> <p>4.3.3 Abzugsteuer (bei beschränkter Steuerpflicht)</p> <p>Steuerabzug durch den Schuldner der Vergütung im Zeitpunkt des Zufließens an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt vierteljährlich bis zum 10. des dem Kalendervierteljahr der Zahlung folgenden Monats.</p>	
<p><u>4.4 Körperschaftsteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 1 1/2 Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit 1 bis 2-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>Ausübung oder Verwertung der Tätigkeit als Künstler, Berufssportler, Schriftsteller usw. im Inland, Überlassung von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten usw.: 15 % bzw. 25 %.</p> <p>56 % generell; ermäßigte Steuersätze u.a. für Körperschaften, deren Gewinne beim Empfänger nicht zur Anrechnung berechtigen (50 %) sowie für bestimmte Kreditinstitute und Bausparkassen (46 %), öffentliche oder unter Staatsaufsicht stehende Sparkassen (44 %).</p> <p>Durch das Anrechnungsverfahren: Vereinheitlichung der Ausschüttungsbelastung auf 36 % des Ausschüttungsbetrages (die der unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner auf seine Steuerschuld anrechnen kann). Die Körperschaftsteuer des ausschüttenden Unternehmens mindert/erhöht sich je nachdem die Tarifbelastung der für die Ausschüttung als verwendet geltenden Kapitalteile über oder unter der Ausschüttungsbelastung liegt.</p>
<p><u>4.5 Umsatzsteuern</u></p> <p>4.5.1 Mehrwertsteuer</p> <p>Voranmeldungsverfahren mit späterer Jahresveranlagung. Vorauszahlungen in der Regel zum 10. jeden Monats, jedoch auch Vierteljahreszahlungen, wenn die Steuerschuld im letzten Kalenderjahr weniger als 2 400 DM betragen hat. Jahreszahlung wenn die Steuer 600 DM voraussichtlich nicht übersteigt. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 bis 2-monatiger Verzögerung.</p>	<p>Bis 30.6.1979: 12 %, ab 1.7. 1979: 13 %; ermäßigter Satz (vor allem für Lebensmittel, freiberufliche Leistungen, Nahverkehr usw.) 6 bzw. 6,5 %; 4 % für Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz (§ 19 UStG 1973); Sonderregelung für berliner Umsätze und Landwirtschaft.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.5.2 Einfuhrumsatzsteuer</p> <p>Sinngemäße Anwendung der Vorschriften des Einfuhrzollrechts/ggf. des Abschöpfungserhebungsgesetzes. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>Bis 30.6.1979: 12 bzw. 6 % (ermäßigter Satz); ab 1.7.1979: 13 bzw. 6,5 %</p>
<p><u>4.6 Versicherungsteuer</u></p> <p>Der Versicherer hat zum 15. eines jeden Monats Abschlagszahlungen auf die im Abrechnungszeitraum (Kalenderjahr) zu entrichtende Steuer zu leisten, die dem Prämieeneingang oder dem Prämien Soll des vorangegangenen Monats entsprechen. Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämieeneinnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>5 % der Prämie bei Sachversicherung, 0,2 % der Prämie bei Hagelversicherung, 2 % der Prämie bei Seeschiffskaskoversicherungen, Lebens- und Krankenversicherungen bleiben steuerfrei.</p>
<p><u>4.7 Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)</u></p> <p>4.7.1 Zölle</p> <p>Entstehung und Fälligkeit bei Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben; ebenso bei einer Sammelzollanmeldung. Das Aufkommen folgt der Einfuhr somit durchschnittlich nach einem Monat.</p>	<p>Differenzierte Sätze. Gemeinsamer Außenzolltarif der EG-Länder; keine Binnenzölle innerhalb der EG. Freihandelszonen, Zollpräferenzenabbau gegenüber einem wachsenden Kreis von Staaten (Rest-EFTA-Länder, Entwicklungsländer).</p>
<p>4.7.2 Tabaksteuer</p> <p>Die Tabaksteuer ist durch Verwendung von Steuerzeichen (Banderolen) zu entrichten, die vom Hersteller vor Entfernung der Tabakerzeugnisse aus dem Herstellungsbetrieb¹⁾ anzubringen und zu entwerten sind. Die Steuerschuld wird bei Zigaretten und Rauchtobak rd. 4 bis 6 Wochen (für die vom 1. bis 15. Dezember bezogenen Steuerzeichen für Zigaretten spätestens am 27.12.), bei Zigarren rd. 8 bis 10 Wochen nach Steuerzeichenbezug fällig.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze für Zigaretten, Zigarren, Feinschnitt, Pfeifentabak und Zigarettenhüllen, Tabaksteuer für Zigaretten (1979 ca. 97 % der Tabaksteuereinnahmen) beträgt 4,92 Pf/St + 24,3 % des Kleinverkaufs-wertes (entspricht einer durchschnittlichen Belastung des Kleinverkaufspreises von ca. 60 %).</p>
<p>4.7.3 Kaffeesteuer</p> <p>Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß; die Steuer ist durchschnittlich 2 Monate nach Einfuhr zu zahlen.</p>	<p>Unterschiedliche Sätze; z.B. für koffeinhaltigen Rohkaffee 3,60 DM für Röstkaffee 4,50 DM.</p>

1) Der Entfernung aus dem (Herstellungs-) Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: Sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebes dient.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.7.4 Branntweinabgaben</p> <p>Die Steuer ist zu entrichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Branntwein, der durch die Monopolverwaltung übernommen wurde, durch den Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Branntweinmonopolverwaltung, - bei Abfindungsbrennereien binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, bei Verschlußbrennereien binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner, - bei der Einfuhr entsprechend den Vorschriften des Zollgesetzes. <p>Unter bestimmten Voraussetzungen Zahlungsaufschub bis zum 15. des dritten auf den Übergang folgenden Monats.</p>	<p>1 950 DM/hl für Trinkbranntwein,</p> <p>1 200 DM/hl für Branntwein zu medizinischen Zwecken (unvergällt),</p> <p>600 DM/hl zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika (vergällt),</p> <p>50 DM/hl zur Herstellung von Speiseessig.</p>
<p>4.7.5 Schaumweinsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Schaumweins aus dem Betrieb¹⁾. Steuerentrichtung bis zum 25. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats.</p>	<p>1,50 DM für eine ganze Flasche (0,75 l) Schaumwein;</p> <p>0,30 DM für eine ganze Flasche (0,75 l) schaumweinähnliche Getränke.</p>
<p>4.7.6 Mineralölsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb¹⁾. Steuerentrichtung entweder je zur Hälfte spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats o d e r in einer Summe spätestens am 10. des zweiten folgenden Monats. Zahlungen für die im November entstandene Steuerschuld spätestens am 27. Dezember. Das Aufkommen folgt dem Absatz mit ein- bis zweimonatiger Verzögerung.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 44,00 DM/hl für Benzin, - 49,65 DM/dt für Dieselkraftstoff und Schmieröl, - 61,25 DM/dt für Flüssiggas, - Ermäßigte Sätze (1,50 und 2 DM/dt) für Heizöle.

1) Fußnotentext siehe S. 14.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.8 Vermögensteuer</u></p> <p>Vierteljährliche Vorauszahlungen zum 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November; Jahressteuer (= bis zu 500 DM) zum 10. November. Nachzahlungen 1 bis 2 Jahre nach Stichtag. Wegen der normalerweise nur alle 3 Jahre durchgeführten Hauptveranlagung tritt der "Nachzahlungseffekt" kassenmäßig in einem Turnus von 3 Jahren in Erscheinung. Das Aufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 1/2 jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>0,5 % des steuerpflichtigen Vermögens der natürlichen Personen bei verschiedenen Freibeträgen entsprechend Familienstand und Alter,</p> <p>0,7 % für juristische Personen, Grundfreibetrag für jedes Mitglied einer Veranlagungsgemeinschaft (natürliche Personen) 70 000 DM. Außerdem besondere Freibeträge wegen Alters- oder Erwerbsunfähigkeit.</p>
<p><u>4.9 Erbschaftsteuer</u></p> <p>Binnen 3 Monaten anzumelden, Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Ggf. lange Stundungsfristen, daher unter Umständen größere Zwischenräume zwischen dem Erwerb und dem Steueraufkommen.</p>	<p>Vier Steuerklassen nach dem persönlichen Verhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenkenden); dementsprechend gestaffelte Freibeträge zwischen 3 000 und 250 000 DM (ggf. daneben besondere Freibeträge) und Steuersätze zwischen 3 und 70 %.</p>
<p><u>4.10 Grunderwerbsteuer</u></p> <p>Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Das Finanzamt kann längere Zahlungsfristen setzen. In der Regel folgt das Aufkommen dem steuerpflichtigen Vorgang ohne größere Verzögerung. Der gemeindliche Zuschlag zur Grunderwerbsteuer wird in der Regel vom Finanzamt zusammen mit der Grunderwerbsteuer festgesetzt und angefordert.</p>	<p>7 % des Wertes der Gegenleistung; davon 3 Prozentpunkte an Länder und 4 Prozentpunkte an Kreise²⁾; umfangreicher Katalog der Steuerermäßigungen und -befreiungen.</p>
<p><u>4.11 Kraftfahrzeugsteuer</u></p> <p>Jährliche Vorauszahlungen; bei viertel- oder halbjährlichen Zahlungen: Zuschläge von 5 % bzw. 3 %.</p>	<p>Je nach Art, Gewicht und Hubraum der Fahrzeuge.</p>
<p><u>4.12 Rennwett- und Lotteriesteuer</u></p> <p><u>4.12.1 Rennwettsteuer</u></p> <p>3 bis 5 Tage nach Wettannahmeschlußtag.</p> <p><u>4.12.2 Lotteriesteuer</u></p> <p>Vom Finanzamt festgelegte Fristen.</p>	<p>16 2/3 % vom Wetteinsatz.</p> <p>20 % des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich Steuer.</p>

2) Hamburg und Berlin (West) = 7 Prozentpunkte Land, Rheinland-Pfalz = 7 Prozentpunkte Kreise, Nordrhein-Westfalen = 4,5 Prozentpunkte Kreise, 2,5 Prozentpunkte Land.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>Das Aufkommen folgt der Wett- und Spielbeteiligung mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	
<p><u>4.13 Biersteuer</u></p>	
<p>Bis zum 20. des Monats, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb¹⁾) folgt. Das Aufkommen folgt dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>Je nach Höhe des Bierausstoßes und der Biergattung zwischen 6 DM und 22,50 DM/hl (Haus-trunk steuerfrei).</p>
<p><u>4.14 Grundsteuer (A und B)</u></p>	
<p>Das Finanzamt wendet auf den Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) bzw. der Grundstücke (Grundsteuer B) die Steuermeßzahl (StMZ) an und ermittelt so den jeweiligen Steuermeßbetrag, auf den die Gemeinde den durch Satzung festgesetzten Hebesatz anwendet.</p>	<p>Grundsteuer A - StMZ: 6 vT, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1979: rd. 250 %).</p>
<p>Die für das Kalenderjahr festgesetzte Grundsteuer wird je zu einem Viertel ihres Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.</p>	<p>Grundsteuer B - StMZ: 3,5 vT, günstigere Regelung für Ein- und Zweifamilienhäuser, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1979: rd. 275 %), - Freistellung öffentlich geförderter oder begünstigter Wohnungen für die Dauer von 10 Jahren.</p>
<p><u>4.15 Gewerbesteuern</u></p>	
<p>4.15.1 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital</p>	
<p>Das Finanzamt wendet auf den Gewerbeertrag³⁾ und das Gewerbekapital³⁾ die Steuermeßzahlen an und ermittelt so die Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und -kapital, die zum sog. einheitlichen Steuermeßbetrag addiert werden; auf ihn wendet die Gemeinde - unter Berücksichtigung der Freibeträge - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an. Erstreckt sich ein Unternehmen über mehrere Gemeinden, so wird der einheitliche Steuermeßbetrag zerlegt und der Hebesatz auf den Zerlegungsanteil angewendet.</p>	<p>StMZ: 5 vH des Gewerbeertrags und 2 vT des Gewerbekapitals.</p>
<p>Vierteljährliche Vorauszahlungen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Jahressteuer. Das Steueraufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit ein- bis zweijähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>Freibeträge: 24 000 DM beim Gewerbeertrag für natürliche Personen und Personengesellschaften; generell 60 000 DM beim Gewerbekapital.</p>
<p></p>	<p>Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1979: rd. 325 %).</p>

1) Fußnotentext siehe S. 14.

3) Gewerbeertrag und -kapital werden aus dem einkommensteuerrechtlichen Gewinn bzw. aus dem Einheitswert durch gewerbesteuerrechtsspezifische Hinzurechnungen und Kürzungen abgeleitet.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.15.2 Lohnsummensteuer</p> <p>Die Gemeinde ermittelt durch Anwendung der Steuermeßzahl auf die steuerpflichtige Lohnsumme (die ggf. zerlegt wird) den Steuermeßbetrag und wendet hierauf - unter Berücksichtigung des Freibetrags - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an.</p> <p>Die Steuer ist bei Monatszahlung spätestens am 15. des auf die Lohnzahlung folgenden Monats zu entrichten, bei Vierteljahreszahlung am 15. Tag nach Vierteljahresende; sie folgt somit der Lohnzahlung im Abstand von 1 bis 3 Monaten.</p>	<p>StMZ: 2 vT. Freibetrag: 24 000 DM</p> <p>Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1979: rd. 875 ‰).</p>
<p><u>4.16 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)</u></p> <p>Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Kassenmäßiger Nachweis: Abschlagszahlung für das 1. bis 3. Vierteljahr bis zum 1. Mai, 1. August bzw. 1. November unter Zugrundelegung des Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sog. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr⁴⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>
<p><u>4.17 Gewerbesteuerumlage</u></p> <p>Das für den Gemeindeanteil (Ziff. 4.16) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrundegelegt. Besonderheit: Die Dezembervorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten⁴⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>
<p>4) Wegen des zum Teil abweichenden statistischen Nachweises siehe unter 2.3 "Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung". Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.</p>	

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.18 Lastenausgleichsabgaben</p>	
<p>4.18.1 Vermögensabgabe</p>	
<p>27-jährige Laufzeit bis 31. März 1979, Abgabeschuld in gleichen Vierteljahresbeträgen.</p>	<p>Abgabeschuld: 50 % des Vermögens am Währungsstichtag auf Basis der Hauptveranlagung 1949. Vierteljährliche Zahlung bezogen auf die Abgabeschuld:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1,1 % bei land- und forstwirtschaftlichen Vermögen; - 1,4 % bei Grundvermögen; - 1,7 % bei Betriebsvermögen.
<p>4.18.2 Hypothekengewinnabgabe</p>	
<p>Laufzeit endet spätestens am 31. Dezember 1979.</p>	<p>Dauer und Fälligkeit analog den Gläubiger-Schuldner-Vereinbarungen in der RM-Zeit.</p>
<p>4.18.3 Kreditgewinnabgabe (ausgelaufen)</p>	
<p>21 1/2-jährige Laufzeit bis zum 31. Dezember 1973.</p>	<p>Abgabeschuld in gleichen Vierteljahresbeträgen.</p>

Tabellenteil

1 Zusammenfassende Übersichten

1.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1979	1978	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	342 558,8	318 212,7	+ 24 346,0	+ 7,7
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	245 545,8	225 895,3	+ 19 650,5	+ 8,7
Lohnsteuer	97 067,4	92 013,3	+ 5 054,1	+ 5,5
Veranlagte Einkommensteuer	37 550,8	37 426,0	+ 124,8	+ 0,3
Kapitalertragsteuer	3 809,2	3 365,9	+ 443,3	+ 13,2
Körperschaftsteuer	22 912,4	19 824,1	+ 3 088,3	+ 15,6
Umsatzsteuer	50 996,1	46 635,2	+ 4 360,8	+ 9,4
Einfuhrumsatzsteuer	33 209,9	26 630,7	+ 6 579,2	+ 24,7
Bundessteuern (einschl. EG-Anteile)	44 673,7	42 932,3	+ 1 741,4	+ 4,1
Gesellschaftsteuer	234,1	240,1	- 6,0	- 2,5
Börsenumsatzsteuer	116,7	148,4	- 31,6	- 21,3
Versicherungsteuer	1 635,5	1 470,4	+ 165,1	+ 11,2
Wechselsteuer	291,6	264,1	+ 27,6	+ 10,4
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) ...	42 331,4	40 688,9	+ 1 642,5	+ 4,0
Zölle (100 %)	4 111,3	3 676,4	+ 434,9	+ 11,8
Tabaksteuer	10 700,8	10 459,1	+ 241,7	+ 2,3
Kaffeesteuer	1 465,0	1 317,1	+ 147,9	+ 11,2
Zuckersteuer	140,6	138,1	+ 2,5	+ 1,8
Branntweinabgaben	4 012,4	3 918,8	+ 93,7	+ 2,4
Schaumweinsteuer	505,5	484,4	+ 21,0	+ 4,3
Mineralölsteuer	21 139,8	20 462,5	+ 677,3	+ 3,3
Sonstige Verbrauchsteuern ¹⁾	255,9	232,4	+ 23,5	+ 10,1
Ergänzungsabgabe	64,2	120,2	- 56,0	- 46,6
Sonstige Bundessteuern ²⁾	0,2	0,3	- 0,2	- 50,6
Landessteuern	16 603,2	15 038,9	+ 1 564,3	+ 10,4
Vermögensteuer	4 482,0	4 524,6	- 42,5	- 0,9
Erbsteuer	1 007,1	936,6	+ 70,5	+ 7,5
Grunderwerbsteuer	902,0	759,7	+ 142,3	+ 18,7
Kraftfahrzeugsteuer	7 576,1	6 282,1	+ 1 294,0	+ 20,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 191,4	1 101,1	+ 90,3	+ 8,2
darunter Lotteriesteuer	1 033,9	949,1	+ 84,8	+ 8,9
Biersteuer	1 251,8	1 257,7	- 5,9	- 0,5
Feuerschutzsteuer	192,9	177,1	+ 15,8	+ 8,9
Gemeindesteuern	35 736,0	34 346,2	+ 1 389,8	+ 4,0
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) ³⁾	414,0	413,6	+ 0,4	+ 0,1
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	5 290,6	5 066,0	+ 224,6	+ 4,4
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	25 059,9	24 002,5	+ 1 057,4	+ 4,4
Lohnsummensteuer	3 324,1	3 326,2	- 2,0	- 0,1
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	1 184,1	1 056,0	+ 128,0	+ 12,1
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen ..	463,4	481,9	- 18,5	- 3,8

1) Siehe Tab. 1, lfd. Nr. 18, 22, 23, 24 und 26.
2) Siehe Tab. 1, lfd. Nr. 9, 28 und 29.

3) Siehe Tab. 2, lfd. Nr. 1, 2 und 3.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.2 Kassenmäßige Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1979	1978	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	342 784,5	318 174,5	+ 24 609,9	+ 7,7
EG-Anteile an Zöllen	4 018,1	3 589,8	+ 428,4	+ 11,9
EG-Anteile Umsatzsteuer	6 126,2	5 248,4	+ 877,8	+ 16,7
Steuereinnahmen des Bundes	167 413,4	155 182,8	+ 12 230,6	+ 7,9
Bundessteuern (ohne EG-Anteile)	40 655,6	39 342,6	+ 1 313,0	+ 3,3
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer	57 885,8	55 658,9	+ 2 226,9	+ 4,0
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer	13 360,8	11 595,0	+ 1 765,8	+ 15,2
Umsatzsteuern	50 712,9	44 206,1	+ 6 506,7	+ 14,7
Gewerbsteuerumlage	4 798,3	4 380,2	+ 418,1	+ 9,5
Steuereinnahmen der Länder	120 015,1	110 484,5	+ 9 530,6	+ 8,6
Landessteuern	16 603,2	15 038,9	+ 1 564,3	+ 10,4
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer	57 885,8	55 658,9	+ 2 226,9	+ 4,0
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer	13 360,8	11 595,0	+ 1 765,8	+ 15,2
Umsatzsteuern	27 366,9	23 811,4	+ 3 555,5	+ 14,9
Gewerbsteuerumlage	4 798,3	4 380,2	+ 418,1	+ 9,5
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	9 618,2	8 715,9	+ 902,3	+ 10,4
Länder ohne Stadtstaaten	110 396,9	101 768,6	+ 8 628,3	+ 8,5
Steuereinnahmen der Gemeinden	45 211,7	43 669,1	+ 1 542,6	+ 3,5
Gewerbsteuern (100 %)	28 384,0	27 328,7	+ 1 055,3	+ 3,9
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	9 486,8	8 788,5	+ 698,3	+ 7,9
Gewerbsteuern (netto)	18 897,2	18 540,2	+ 357,0	+ 1,9
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	18 962,5	18 111,3	+ 851,1	+ 4,7
Übrige Gemeindesteuern	7 352,0	7 017,5	+ 334,5	+ 4,8
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	3 930,1	3 826,1	+ 104,0	+ 2,7
Gemeinden/Gv.	41 281,6	39 843,0	+ 1 438,6	+ 3,6
Kreisfreie Städte	18 116,0	17 881,0	+ 235,0	+ 1,3
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	22 449,2	21 346,6	+ 1 102,5	+ 5,2
mit weniger als 10 000 Einwohnern	7 197,4	6 754,3	+ 443,1	+ 6,6
mit 10 000 Einwohnern und mehr	15 251,8	14 592,3	+ 659,4	+ 4,5
Landkreise	716,4	615,4	+ 101,1	+ 16,4
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	264,4	888,0	- 623,7	- 70,2

1 Zusammenfassende Übersichten

1.3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden
nach Ländern

Mill.DM

Land	Jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemeinschaftsteuern	Bundessteuern (einschl. EG-Anteile)	Landesteuern	Gemeindesteuern	insgesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	1979	245 545,8	44 673,7	16 603,2	35 736,0	342 558,8	120 015,1	45 211,7
	1978	225 895,3	42 932,3	15 038,9	34 346,2	318 212,7	110 484,5	43 669,1
Schleswig-Holstein ...	1979	7 095,0	648,8	534,9	1 139,6	9 418,3	4 487,4	1 544,4
	1978	6 537,6	618,6	490,3	1 048,4	8 694,9	4 140,6	1 516,0
Niedersachsen	1979	21 079,4	2 005,3	1 617,4	3 562,8	28 264,9	12 527,3	4 623,8
	1978	19 564,9	2 069,9	1 440,6	3 342,0	26 417,5	11 547,3	4 385,2
Nordrhein-Westfalen ..	1979	73 750,9	12 852,2	4 684,4	10 027,3	101 314,8	33 648,1	12 789,6
	1978	68 067,7	13 334,0	4 185,3	9 725,9	95 312,9	31 155,1	12 448,3
Hessen	1979	24 643,0	2 278,7	1 564,7	3 575,2	32 061,5	11 684,9	4 516,9
	1978	22 737,7	2 066,6	1 388,9	3 521,0	29 714,2	10 758,6	4 424,1
Rheinland-Pfalz	1979	11 087,6	1 648,7	875,8	1 874,2	15 486,4	6 433,7	2 375,5
	1978	10 110,7	1 393,3	774,3	1 797,5	14 075,8	5 847,9	2 285,9
Baden-Württemberg	1979	40 817,0	4 049,8	2 590,8	5 794,5	53 252,1	19 352,8	7 236,9
	1978	37 932,9	3 727,7	2 341,5	5 555,8	49 558,0	17 753,3	6 878,7
Bayern	1979	38 609,1	2 524,9	2 926,1	5 938,9	49 999,1	20 414,2	7 622,9
	1978	36 121,5	2 376,9	2 734,2	5 676,2	46 908,9	18 846,3	7 325,0
Saarland	1979	3 372,8	129,4	264,3	413,8	4 180,3	1 848,6	571,5
	1978	3 117,5	123,3	242,4	448,2	3 931,4	1 719,6	579,8
Hamburg	1979	17 198,8	11 757,3	730,1	1 886,8	31 573,0	5 210,6	2 218,7
	1978	14 025,9	10 914,7	703,5	1 690,8	27 334,9	4 600,5	2 065,4
Bremen	1979	3 747,3	1 160,1	212,3	578,6	5 698,3	1 472,8	704,3
	1978	3 663,1	1 050,5	205,0	572,8	5 491,3	1 432,2	696,6
Berlin (West)	1979	4 144,9	5 618,5	602,5	944,3	11 310,2	2 934,8	1 007,1
	1978	4 015,8	5 256,9	532,9	967,5	10 773,1	2 683,2	1 064,0

1 Zusammenfassende Übersichten

1.4 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote

Jahr	Brutto-sozial-produkt 1)	Steueraufkommen insgesamt			
		ohne Lastenausgleichsabgaben		mit	
		Mrd.DM	in % des Brutto-sozial-produkts	Mrd.DM	in % des Brutto-sozial-produkts
1976	1 125,0	266,8	23,7	268,1	23,8
1977	1 197,2	298,1	24,9	299,4	25,0
1978	1 287,5	318,2	24,7	319,1	24,8
1979	1 395,0	342,8	24,6	343,0	24,6

1) Ab 1977 vorläufiges Ergebnis.

1.5 Entwicklung ausgewählter Steuerarten

in den einzelnen Vierteljahren 1979

%

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer	+ 4,9	+ 8,0	+ 6,1	+ 3,1
Veranlagte Einkommensteuer	+ 1,3	+ 2,6	+ 3,8	- 5,6
Kapitalertragsteuer	+ 2,2	- 0,8	+ 12,7	+ 68,5
Körperschaftsteuer	+ 15,0	+ 27,3	+ 14,8	+ 8,2
Umsatzsteuer	- 2,4	+ 8,7	+ 24,1	+ 10,2
Einfuhrumsatzsteuer	+ 11,3	+ 19,5	+ 32,2	+ 34,8
Gesellschaftsteuer	+ 9,9	- 13,9	- 8,4	+ 1,9
Börsenumsatzsteuer	- 18,5	- 5,6	- 18,4	- 40,1
Versicherungsteuer	+ 14,6	+ 8,6	+ 14,5	+ 5,0
Wechselsteuer	+ 3,9	+ 14,1	+ 10,4	+ 13,2
Zölle	+ 7,9	+ 11,1	+ 12,6	+ 15,4
Tabaksteuer	+ 13,6	+ 0,2	- 2,5	+ 1,8
Kaffeesteuer	+ 12,3	+ 10,8	+ 20,3	+ 2,9
Branntweinabgaben	+ 1,9	+ 8,7	- 1,7	+ 0,8
Mineralölsteuer	- 4,2	+ 3,6	+ 13,0	+ 0,2
Ergänzungsabgabe	- 46,2	- 44,1	- 61,3	- 23,1
Vermögensteuer	+ 2,9	- 3,2	+ 0,0	- 3,4
Erbschaftsteuer	+ 31,4	+ 22,5	- 9,8	- 7,8
Kraftfahrzeugsteuer	+ 11,7	+ 14,4	+ 49,9	+ 7,9
Grunderwerbsteuer einschl. Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	+ 11,4	+ 5,5	+ 26,0	+ 17,0
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	+ 5,6	+ 9,7	+ 10,5	- 6,7
Lohnsummensteuer	- 6,0	- 0,2	+ 3,1	+ 4,2
Grundsteuer B	+ 4,6	+ 4,2	+ 6,6	+ 2,3

1 Zusammenfassende Übersichten

1.6 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge

Mrd. DM

Jahr	Arbeitnehmer- sparzulage (3. Vermögens- bildungsgesetz) 1)	Arbeitnehmer- zulage (Berlinförderungsgesetz)	Bergmanns- prämien	Erstattungen im Lohnsteuer- Jahres- ausgleich 2)
1971	1,80 ^{a)}	1,08 ^{a)}	.	.
1972	2,60	1,29	0,07	5,57
1973	2,80	1,39	0,11	6,64
1974	3,00	1,56	0,14	6,94
1975	2,90	1,56	0,14	5,48
1976	3,00	1,72	0,11	5,87
1977	3,10	1,75	0,11	6,19
1978	3,16	1,85	0,11	6,05
1979	3,10	1,90	0,11	

1) Hochrechnung des Bundesministeriums der Finanzen.

2) Soweit Angaben vorhanden.
a) Erstmals in dieser Form gewährt.

1.7 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen
an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG

Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM
1972	2,38	1976	4,09
1973	3,48	1977	5,13
1974	4,14	1978	6,04
1975	4,57	1979	6,86

1.8 Investitionszulagen *)

Mill. DM

Jahr	Aus dem Aufkommen an				
	veranlagter Einkommensteuer		 geleistet	Körperschaftsteuer	
	Insgesamt	darunter § 4a § 4b InvZulG 1975		Insgesamt	darunter § 4a § 4b InvZulG 1975
1971	352	-	-	544	-
1972	406	-	-	771	-
1973	371	-	-	782	-
1974	431	-	-	822	-
1975	412	1	64	797	9
1976	2 588	11	2 239	2 741	17
1977	2 011	5	1 649	2 858	48
1978	805	4	474	1 355	61
1979	447	2	66	1 018	67

*) Gemäß Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinförderungsgesetz; ab Berichtsjahr 1975 einschl. Zulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1975 (§ 4a: Zulagen

für bestimmte Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung, § 4b: Zulagen zur Konjunkturbelebung).

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r der
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs 3 GG	245 545 786	7 094 999	21 079 401	73 750 893	24 643 009
2	Lohnsteuer	97 067 408	3 002 127	9 100 331	28 526 821	10 179 290
3	Veranlagte Einkommensteuer	37 550 793	1 545 135	3 601 174	11 306 625	2 783 590
4	Kapitalertragsteuer	3 809 204	38 092	204 734	1 211 424	767 209
5	Körperschaftsteuer	22 912 414	505 674	2 243 616	5 280 365	2 787 715
6	Umsatzsteuer	50 996 079	1 396 934	4 041 225	15 180 387	4 706 798
7	Einfuhrumsatzsteuer	33 209 888	607 037	1 888 321	12 245 271	3 418 407
8	Bundessteuern einschl. EG-Anteile	44 673 715	648 793	2 005 301	12 852 227	2 278 670
9	Straßengüterverkehrssteuer	126	0	84	5	2
10	Gesellschaftsteuer	234 089	5 059	23 839	77 783	28 142
11	Börsenumsatzsteuer	116 737	870	3 338	26 594	38 868
12	Versicherungssteuer	1 635 486	26 325	160 146	524 973	186 797
13	Wechselsteuer	291 640	4 070	15 365	80 502	53 589
14	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	42 331 372	610 964	1 797 525	12 126 043	1 962 195
15	Zölle (100 %)	4 111 334	88 202	169 940	1 005 747	550 432
16	Tabaksteuer	10 700 822	45	96	4 481 230	177
17	Kaffeesteuer	1 465 039	24 228	9 922	150 342	2 347
18	Teesteuer	56 261	1 974	10 584	9 559	4 861
19	Zuckersteuer	140 597	4 437	30 846	47 346	5 225
20	Brantweinabgaben	4 012 440	424 029	593 192	1 137 268	240 375
21	Schaumweinsteuer	505 473	4 380	2 360	24 160	173 386
22	Zündwarensteuer	4 283	327	251	65	-
23	Zündwarenmonopol	4 820	-	-	4 820	-
24	Leuchtmittelsteuer	135 651	568	3 296	48 733	9 662
25	Mineralölsteuer	21 139 757 ^{a)}	62 731	955 470	5 208 240	975 673
26	Sonstige (vorwiegend Salz-, Essig- säure- und Spielkartensteuer)	54 895	43	21 568	8 533	57
27	Ergänzungsabgabe	64 234	1 505	4 971	16 327	9 059
28	Beförderungsteuer	10	0	33	- 2	0
29	Notopfer Berlin	24	0	0	2	18

a) Darunter 1 292 402 (000) DM Heizölsteuer.

Länder und der Gemeinden/Gv. 1979

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
11 087 632	40 816 982	38 609 087	3 372 803	220 454 806	17 198 809	3 747 258	4 144 917	25 090 984	1
4 187 499	16 194 781	15 696 076	1 474 514	88 361 439	5 499 702	1 532 741	1 673 527	8 705 970	2
1 933 401	6 468 966	6 645 566	296 094	34 580 551	1 746 895	510 144	713 204	2 970 243	3
129 525	498 616	454 689	25 685	3 329 974	359 704	8 336	111 191	479 231	4
991 744	5 210 639	3 187 738	161 358	20 368 849	2 098 502	165 515	279 549	2 543 566	5
2 655 427	8 444 617	8 525 383	664 092	45 614 863	3 655 624	605 901	1 119 691	5 381 216	6
1 190 036	3 999 363	4 099 635	751 060	28 199 130	3 838 382	924 621	247 755	5 010 758	7
1 648 702	4 049 798	2 524 928	129 393	26 137 812	11 757 345	1 160 089	5 618 468	18 535 902	8
1	5	25	0	122	4	0	0	4	9
5 471	25 041	41 896	2 468	209 699	13 793	3 027	7 568	24 388	10
1 623	10 877	18 024	526	100 720	11 242	1 571	3 205	16 018	11
6 677	158 305	308 502	7 471	1 379 196	221 008	14 318	20 964	256 290	12
7 789	49 178	36 989	4 524	252 006	22 911	13 253	3 470	39 634	13
1 624 422	3 795 003	2 107 623	113 514	24 137 289	11 485 078	1 127 020	5 581 982	18 194 080	14
107 780	390 725	617 067	18 460	2 948 353	851 519	243 197	68 265	1 162 981	15
1 288	1 320 305	359	1	5 803 501	140	16	4 897 162	4 897 318	16
61 371	9 098	14 154	272	271 734	285 605	632 804	274 895	1 193 304	17
63	945	714	2	28 702	17 879	9 450	229	27 558	18
300	35 982	11 485	1 540	137 161	1 474	496	1 465	3 435	19
553 102	164 573	278 788	17 528	3 408 855	182 839	144 575	276 173	603 587	20
226 860	19 348	36 389	11 725	498 608	5 063	1 127	675	6 865	21
-	2 370	1 270	-	4 283	-	-	-	-	22
-	-	-	-	4 820	-	-	-	-	23
7 508	4 508	46 585	169	121 029	418	156	14 049	14 623	24
665 394	1 837 475	1 088 828	63 289	10 857 100	10 140 108	95 185	47 364	10 282 657	25
756	9 674	11 984	528	53 143	33	14	1 705	1 752	26
2 705	11 387	11 904	890	58 748	3 308	898	1 279	5 485	27
13	1	-36	0	9	0	1	0	1	28
1	1	1	0	23	1	1	- 0	2	29

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r d e r
30	Landessteuern	16 603 227	534 886	1 617 366	4 684 387	1 564 690
31	Vermögensteuer	4 482 038	108 633	374 843	1 302 721	497 190
32	Erbschaftsteuer	1 007 094	23 078	81 418	313 199	59 877
33	Grunderwerbsteuer	902 008	37 100	82 220	195 125	101 157
34	Kraftfahrzeugsteuer	7 576 057	303 974	864 421	2 080 373	689 503
35	Rennwett- und Lotteriesteuer	1 191 358	40 844	116 162	364 701	94 941
36	Totalisatorsteuer	87 677	473	1 570	44 858	2 081
37	Andere Rennwettsteuer	22 444	120	1 478	13 835	2 039
38	Lotteriesteuer	1 033 876	38 036	113 114	288 790	84 706
39	Sportwettsteuer ¹⁾	47 361	2 215	-	17 219	6 115
40	Feuerschutzsteuer	192 878	4 646	19 296	52 771	21 534
41	Biersteuer	1 251 786	16 610	79 008	375 497	100 488
42	Sonstige	8	-	- 3	-	-
43	Gemeindesteuern	35 736 030	1 139 592	3 562 782	10 027 264	3 575 168
44	Grundsteuern ²⁾	5 704 541	227 481	705 182	1 422 616	545 855
45	Gewerbesteuern (100 %)	28 384 034	834 099	2 708 426	8 168 044	2 835 762
46	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 647 455	78 012	149 174	436 604	193 551
47	Steuereinnahmen insgesamt	342 558 759	9 418 270	28 264 850	101 314 771	32 061 537
						n a c h d e r
48	EG-Anteile an Zöllen	4 018 112	x	x	x	x
49	EG-Anteile Umsatzsteuer	6 126 175	x	x	x	x
50	Steuereinnahmen des Bundes	167 413 398	x	x	x	x
51	Bundessteuern (ohne EG-Anteile)	40 655 603	x	x	x	x
52	Einkommen- und Körperschaftsteuer (43 bzw. 50 %)	71 246 635	x	x	x	x
53	Umsatzsteuern (67,5 %)	50 712 853	x	x	x	x
54	Gewerbesteuerumlage (50 %)	4 798 307	x	x	x	x
55	Steuereinnahmen der Länder	120 015 108	4 487 377	12 527 314	33 648 132	11 684 891
56	Landessteuern	16 603 227	534 886	1 617 366	4 684 387	1 564 690
57	Einkommen- und Körperschaftsteuer (43 bzw. 50 %)	71 246 635	2 575 653	7 216 085	20 131 809	7 226 620
58	Umsatzsteuern (32,5 %)	27 366 939	1 219 420	3 223 847	7 481 177	2 447 984
59	Gewerbesteuerumlage (50 %)	4 798 307	157 418	470 016	1 350 759	445 597
60	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	45 211 662	1 544 396	4 623 819	12 789 608	4 516 942
61	Gemeindesteuern	35 736 030	1 139 592	3 562 782	10 027 264	3 575 168
62	Gewerbesteuerumlage (Ausgaben)	9 486 822	314 837	939 926	2 701 517	871 202
63	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer	18 962 453	719 640	2 000 963	5 463 861	1 812 976
64	Steuereinnahmen insgesamt	342 784 455	x	x	x	x
	Außerdem:					
65	Lastenausgleichsabgaben	264 366	14 265	31 657	84 993	19 708
66	Vermögensabgabe	212 321	7 571	24 524	70 312	15 942
67	Hypothekengewinnabgabe	51 884	6 694	7 119	14 657	3 765
68	Kreditgewinnabgabe	161	-	14	24	1

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen.

Länder und der Gemeinden/Gv. 1979

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
875 829	2 590 753	2 926 104	264 297	15 058 312	730 058	212 341	602 516	1 544 915	30
186 008	746 259	710 471	65 685	3 991 810	279 984	63 393	146 851	490 228	31
35 879	163 715	188 541	4 774	870 481	60 027	7 000	69 585	136 612	32
-	124 837	167 853	8 298	716 590	79 573	12 517	93 329	185 419	33
480 558	1 210 825	1 324 079	130 623	7 084 356	209 571	88 858	193 272	491 701	34
89 803	151 912	168 668	20 924	1 047 955	64 081	13 627	65 694	143 402	35
5	4 482	15 596	1	69 066	7 720	821	10 070	18 611	36
1	897	610	25	19 005	2 151	57	1 232	3 440	37
89 798	136 746	144 165	19 776	915 131	51 604	12 749	54 392	118 745	38
-	9 787	8 297	1 123	44 756	2 606	-	-	2 606	39
8 675	39 475	35 451	1 725	183 573	4 675	1 560	3 068	9 303	40
74 903	153 722	331 042	32 266	1 163 536	32 147	25 387	30 717	88 251	41
3	7	-	0	7	-	-	-	-	42
1 874 235	5 794 545	5 938 950	413 828	32 326 364	1 886 806	578 585	944 276	3 409 666	43
309 297	821 598	1 075 101	95 776	5 202 906	211 678	90 440	199 517	501 635	44
1 421 116	4 717 566	4 522 349	302 315	25 509 678	1 670 125	469 115	735 117	2 874 356	45
143 822	255 380	341 500	15 737	1 613 780	5 002	19 030	9 642	33 675	46
15 486 398	53 252 078	49 999 069	4 180 321	293 977 294	31 573 018	5 698 273	11 310 177	48 581 467	47
Steuerverteilung									
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
x	x	x	x	x	x	x	x	x	51
x	x	x	x	x	x	x	x	x	52
x	x	x	x	x	x	x	x	x	53
x	x	x	x	x	x	x	x	x	54
6 433 667	19 352 767	20 414 154	1 848 585	110 396 887	5 210 622	1 472 795	2 934 804	9 618 221	55
875 829	2 590 753	2 926 104	264 297	15 058 312	730 058	212 341	602 516	1 544 915	56
3 696 101	11 880 247	11 869 171	919 989	65 515 675	3 500 849	891 639	1 338 472	5 730 960	57
1 620 022	4 031 810	4 838 916	617 419	25 480 595	729 971	306 719	849 654	1 886 344	58
241 715	849 957	779 963	46 880	4 342 305	249 744	62 096	144 162	456 002	59
2 375 520	7 236 881	7 622 922	571 484	41 281 572	2 218 711	704 321	1 007 057	3 930 090	60
1 874 235	5 794 545	5 938 950	413 828	32 326 364	1 886 806	578 585	944 276	3 409 666	61
469 761	1 625 068	1 557 696	94 812	8 574 819	499 487	124 192	288 324	912 003	62
971 046	3 067 404	3 241 669	252 468	17 530 027	831 393	249 928	351 105	1 432 426	63
x	x	x	x	x	x	x	x	x	64
11 358	37 943	43 007	-	242 931	11 547	3 542	6 347	21 436	65
10 552	34 614	34 572	-	198 087	9 789	3 089	1 356	14 234	66
805	3 308	8 379	-	44 727	1 733	434	4 991	7 158	67
1	21	56	-	117	25	19	-	44	68

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	414 036	27 845	90 483	42 457	30 309
	Grundsteuerbeteiligungsbeträge					
2	Einnahmen ..	13	-	-	-	-
3	Ausgaben ...	66	-	-	-	-
4	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	5 290 558	199 636	614 699	1 380 159	515 546
5	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ...	25 059 885	753 404	2 377 247	6 177 780	2 405 160
6	Lohnsummensteuer	3 324 149	80 695	331 179	1 990 264	430 602
7	Gewerbesteuerumlage (Ausgaben)	9 486 822	314 837	939 926	2 701 517	871 202
8	Gewerbesteuern (netto) ¹⁾	18 897 210	519 262	1 768 500	5 466 527	1 964 560
9	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	18 962 453	719 640	2 000 963	5 463 861	1 812 976
10	Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	1 184 059	49 284	107 716	346 302	134 868
11	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	463 396	28 728	41 458	90 302	58 683
12	Insgesamt ...	45 211 662	1 544 396	4 623 819	12 789 608	4 516 942
						Kreisfreie
13	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	14 913	625	2 017	4 169	1 155
	Grundsteuerbeteiligungsbeträge					
14	Einnahmen ..	-	-	-	-	-
15	Ausgaben ...	-	-	-	-	-
16	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	2 150 759	73 449	205 953	773 155	286 680
17	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ...	10 152 689	239 423	830 760	3 280 363	1 246 027
18	Lohnsummensteuer	2 077 252	71 439	252 909	1 373 254	324 563
19	Gewerbesteuerumlage (Ausgaben)	3 589 317	97 177	313 574	1 369 213	399 062
20	Gewerbesteuern (netto) ²⁾	8 640 624	213 685	770 095	3 284 404	1 171 528
21	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	6 667 429	208 716	569 829	2 777 597	632 958
22	Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	472 677	11 600	32 900	182 088	61 270
23	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	169 560	12 426	14 121	43 207	25 119
24	Insgesamt ...	18 115 962	520 501	1 594 915	7 064 620	2 178 710

1) Lfd.Nr. 5 bis 7.

2) Lfd.Nr. 17 bis 19.

a) Grunderwerbsteuer.

n a c h der Steuerverteilung 1979
DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadt- staaten	Lfd. Nr.
gesamt									
32 064	61 932	124 656	2 683	412 429	1 176	284	146	1 607	1
-	13	-	-	13	-	-	-	-	2
-	66	-	-	66	-	-	-	-	3
277 233	759 719	950 444	93 093	4 790 529	210 502	90 156	199 370	500 028	4
1 334 486	4 717 686	4 522 349	302 315	22 590 427	1 412 028	349 658	707 772	2 469 458	5
86 630	- 120	-	-	2 919 250	258 097	119 456	27 345	404 899	6
469 761	1 625 068	1 557 696	94 812	8 574 819	499 487	124 192	288 324	912 003	7
951 355	3 092 498	2 964 653	207 503	16 934 856	1 170 638	344 923	446 793	1 962 354	8
971 046	3 067 404	3 241 669	252 468	17 530 027	831 393	249 928	351 105	1 432 426	9
101 572 ^{a)}	190 317	226 382	10 929	1 167 369	-	16 689	-	16 689	10
42 250	65 064	115 118	4 808	446 411	5 002	2 341	9 642	16 985	11
2 375 520	7 236 881	7 622 922	571 484	41 281 572	2 218 711	704 321	1 007 057	3 930 090	12
Städte									
1 831	1 768	3 348	-	x	x	x	x	x	13
-	-	-	-	x	x	x	x	x	14
-	-	-	-	x	x	x	x	x	15
112 818	240 635	458 069	-	x	x	x	x	x	16
607 482	1 540 044	2 408 590	-	x	x	x	x	x	17
55 207	- 120	-	-	x	x	x	x	x	18
198 438	473 642	738 211	-	x	x	x	x	x	19
464 251	1 066 282	1 670 379	-	x	x	x	x	x	20
341 450	775 464	1 361 415	-	x	x	x	x	x	21
38 299 ^{a)}	41 859	104 661	-	x	x	x	x	x	22
7 213	6 843	60 631	-	x	x	x	x	x	23
965 862	2 132 852	3 658 503	-	x	x	x	x	x	24

3 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung

1979

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	395 775	27 221	88 467	38 288	29 154	30 233	60 164	119 565	2 683
Grundsteuerbeteili- gungsbeträge									
Einnahmen	13	-	-	-	-	-	13	-	-
Ausgaben	66	-	-	-	-	-	66	-	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	2 639 579	126 186	408 746	607 004	228 866	164 415	519 084	492 185	93 093
Gewerbesteuer nach Er- trag und Kapital	12 437 089	513 980	1 546 487	2 897 417	1 159 133	727 004	3 177 642	2 113 111	302 315
Lohnsummensteuer	842 001	9 258	78 271	617 010	106 039	31 423	-	-	-
Gewerbesteuerumlage (Ausgaben)	4 985 503	217 660	626 353	1 332 304	472 140	271 323	1 151 426	819 485	94 812
Gewerbesteuern (netto).	8 293 587	305 578	998 405	2 182 123	793 032	487 104	2 026 216	1 293 626	207 503
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	10 862 597	510 924	1 431 134	2 686 264	1 180 018	629 596	2 291 940	1 880 253	252 468
Zuschlag zur Grund- erwerbsteuer	13 580	-	2 678	-	-	-	-	10 902	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	244 115	14 393	23 839	39 568	28 807	27 185 ^{a)}	55 172	50 741	4 410
Insgesamt ...	22 449 181	984 302	2 953 269	5 553 247	2 259 877	1 338 533	4 952 524	3 847 273	560 157
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	1 744	-	-	-	-	-	-	1 744	-
Grundsteuerbeteili- gungsbeträge									
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	190	-	-	-	-	-	-	190	-
Gewerbesteuer nach Er- trag und Kapital	648	-	-	-	-	-	-	648	-
Lohnsummensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage (Ausgaben)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuern (netto).	648	-	-	-	-	-	-	648	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschlag zur Grund- erwerbsteuer	681 113	37 685	72 138	164 214	73 598	63 273 ^{b)}	148 457	110 819	10 929
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	32 735	1 908	3 498	7 527	4 757	7 852	3 048	3 746	398
Insgesamt ...	716 428	39 592	75 636	171 741	78 355	71 125	151 506	117 146	11 327

1) Bei Kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 2 798 (000) DM der Verbandsgemeinden.
b) Grunderwerbsteuer.

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung

1979 nach Gemeindegrößenklassen*)

1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein	984 302	515 338	468 962
Niedersachsen	2 953 269	2 095 493	857 776
Nordrhein-Westfalen	5 553 247	5 303 617	249 630
Hessen	2 259 877	1 671 386	588 491
Rheinland-Pfalz	1 338 533	393 321	945 212
Baden-Württemberg	4 952 524	3 224 334	1 728 189
Bayern	3 847 273	1 516 595	2 330 678
Saarland	560 157	531 668	28 489
Bundesgebiet ...	22 449 181	15 251 752	7 197 427
davon:			
Grundsteuer A ¹⁾	395 723	113 212	282 509
Grundsteuer B	2 639 579	1 761 273	878 304
Gewerbesteuer (E. u.K.)	12 437 089	8 772 793	3 664 295
Lohnsummensteuer	842 001	803 239	38 761
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	4 985 503	3 536 670	1 448 831
Gemeindeanteil an der Lohn- und ver- anlagten Einkommensteuer	10 862 597	7 190 021	3 672 577
Übrige Gemeindesteuern	257 696	147 884	109 812

*) Zuordnung zu den Gemeindegrößenklassen nach der Einwohnerzahl am 30. Juni 1979. - Gebietsstand am 31.12.1979.

1) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen.

